

Ökolumne

von Ulrich Brehme

Die Energieunion

Die EU-Kommission will ein Programm zur Umstrukturierung der europäischen Energiepolitik aufstellen und hat dem Projekt den Namen Europäische Energieunion gegeben. Die Idee dazu stammt vom polnischen Ministerpräsidenten Tusk, der zur Zeit die Ratspräsidentschaft hat. Er forderte den gemeinsamen Einkauf von Gas, um zu verhindern, daß Russland weiter Gas als politisches Druckmittel einsetzen kann. Lücken im Pipelinenetz in Europa sollen geschlossen werden. Die EU deckt ihren Energiebedarf zu 55% aus Einfuhren.

Alle EU-Staaten sind sich einig, daß es eine nachhaltige Energiepolitik in Europa geben muß, um die CO₂-Emissionen zu senken. Allerdings ist umstritten, wie die Energiewende umgesetzt werden soll. Deutschland hat den Atomausstieg bis 2022 beschlossen und will weiterhin Kohle verbrennen. Polen will AKWs bauen und Kohle verbrennen und Großbritannien will aus der Kohleverbrennung aussteigen und neue AKWs bauen. Was da für eine Energiewende am Ende herauskommt, liegt noch sehr im Nebel. Der französische Atomkonzern EDF will im englischen Hinkley Point eines der größten Atomkraftwerke der Welt bauen und erhält dafür Subventionen über 22 Mrd. Euro für den Bau sowie eine garantierte Einspeisevergütung in Höhe von 11 ct/kWh durch die britische Regierung. Die letzte EU-Kommission unter Energiekommissar Oettinger (CDU) hat dem zugestimmt. Jetzt will die britische Regierung auch noch Beihilfen für weitere geplante AKW aus dem Europäischen Investitionsfonds bekommen.

Vernünftig wäre eine Europäische Energieunion, die einen gemeinsamen EU-Rahmen für die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien und auf mehr Energieeffizienz schafft. Der Emissionshandel muß wieder zum Funktionieren gebracht werden. Langfristig müssen die Märkte für Wärme, Strom und Verkehr enger miteinander verkoppelt werden.

Der Ausbau von grenzübergreifenden Stromleitungen in der EU ist ein sinnvoller Weg, um die Energiesicherheit in Europa zu verbessern und um Investitionen in solarthermische Kraftwerke in Südeuropa möglich zu machen.

Durch den Einsatz der Technologie „Power-to-Gas“ lassen sich die EU-Klimaschutzziele kostengünstiger zu erreichen. Große Teile des synthetisch hergestellten Methans könnten für Autos mit Erdgasantrieben genutzt werden. Mit der Power-to-Gas-Technologie können erneuerbare Energieerzeugungsanlagen unabhängiger von der momentanen Stromnachfrage betrieben werden. Die Auslastung und damit die Erträge aus Windkraft und Solaranlagen würde damit deutlich steigen. Es würden keine Speicherkosten für die Energie entstehen. Der Wirkungsgrad der Umwandlungsanlagen liegt bei 70% bei der Umwandlung von Strom in Wasserstoff, bei 50% bei der Umwandlung in Methan und bei 30% für die Methanisierung und anschließender Wiederverstromung.

Für die Versorgungssicherheit ist die Stabilisierung der Netze besonders wichtig. Die dafür nötige Regelleistung sollte möglichst über dezentrale Kapazitäten erfolgen, die zentral von einer EU-Behörde kontrolliert wird. Die Schaffung einer intelligenten Laststeuerung auf dezentraler Ebene nach Knappheitspreisen ist dazu eine wichtige Komponente.